

Beschluss

Der Beirat Borgfeld fordert die Senatorin für Kinder und Bildung und die Stadtbürgerschaft auf, keine Beschneidung der Beiratsmitwirkung bei der Finanzierung der OKJA-Träger vorzunehmen. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass

- 1. es keine Änderung der Finanzierungssystematik gibt, hier v.a.**
 - keine Mittelbündelung auf Sozialzentrumsebene und Vergabe der Mittel durch das Sozialzentrum. Die Vergabe muss weiterhin orts-/stadtteilbezogen sein und die Mitwirkung der Beiräte sichergestellt sein, und**
 - Keine Stadtteil-/Ortsteilbezogene Kürzung der Mittel unter dem "Deckmantel" einer neuen Bedarfsermittlung.**
- 2. einem Vertreter des Jugendforums oder Jugendbeirats (sofern vorhanden) im Stadtteil eine feste Beteiligung im Controllingausschuss mit Rede-, Antrags- und Stimmrecht gewährt wird.**
- 3. Träger der stadtteilbezogenen OKJA kein Stimmrecht im Controllingausschuss hinsichtlich der Mittelverteilung haben, ein Interessenkonflikt ist auch mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen unvermeidbar.**
- 4. der Stimmanteil der Stadtteilvertretung aus Beirat und Jugendvertretung 50% nicht unterschreitet.**

Begründung

OKJA-Finanzierung als stadtteilbezogene Sozialpolitik nicht ohne den Beirat

Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist ein zentrales Handlungsfeld kommunaler Sozialpolitik – sie lebt von der Verankerung im Stadtteil, von lokaler Kenntnis und partizipativer Steuerung. Die im Raum stehenden Pläne zur Umgestaltung der Bedarfsermittlung und Mittelvergabe gefährden genau diese Prinzipien.

Der Beirat Borgfeld sieht mit großer Sorge, dass durch die angedachte Zentralisierung auf Sozialzentrumsebene sowohl die Handlungsfähigkeit der stadtteilbezogenen Träger als auch die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung der Beiräte ausgehöhlt würden. Die Mitbestimmung über Mittelverteilung und die Beurteilung lokaler Bedarfe gehört in die Stadtteile – dorthin, wo das konkrete Leben stattfindet. Der Beirat ist das demokratisch legitimierte Gremium mit der größten Nähe zur Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort.

Ein auf die Festlegung inhaltlicher Leitlinien beschnittener Controllingausschuss würde nicht nur einen Bruch mit bewährten Verfahren bedeuten, sondern auch die Transparenz gefährden. Das Risiko, dass durch eine neue Systematik insbesondere kleinere Träger in Ortsteilen wie Borgfeld strukturell benachteiligt werden, ist evident.

Einbindung eines Vertreters der Jugendlichen im Controlling-Ausschuss

Ein besonders wichtiger Aspekt ist die Einbindung eines Vertreters der Jugendlichen im Controlling-Ausschuss. Die Mittelvergabe betrifft direkt Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit, die für die Entwicklung und Teilhabe junger Menschen verantwortlich sind. Eine ausschließliche Entscheidung über die Mittelverteilung ohne die Perspektive der Betroffenen ist unvollständig. Jugendliche sind nicht nur Empfänger von Förderungen, sondern auch aktiv in den sozialen und kulturellen Austausch eingebunden. Ihre Stimme muss im Ausschuss gehört werden, um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Mittel den tatsächlichen Bedürfnissen und Interessen der jungen Generation entsprechen. Ein Vertreter des Jugendforums oder Jugendbeirats bietet nicht nur eine zusätzliche Perspektive, sondern sorgt auch dafür, dass die Vergabe der Mittel eine generationengerechte Ausrichtung behält.

Träger mit Mitbestimmungsrecht – Ein Interessenkonflikt

Der Umstand, dass die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die bereits nach dem alten Modell als auch im neuen Konzept Mitbestimmungsrechte im Controlling-Ausschuss haben sollen, sehen wir als Beirat kritisch. Die Träger entscheiden dadurch über ihre eigenen Anträge und Mittelverwendungen mit. Diese Situation birgt einen unvermeidbaren Interessenkonflikt, da es nicht im Interesse einer transparenten und fairen Mittelvergabe sein kann, wenn Träger über ihre eigenen Anträge bestimmen dürfen. Darüber hinaus ist nur eine begrenzte Anzahl von Trägern im Ausschuss vertreten – konkret nur zwei – was bedeutet, dass mögliche andere Träger, die nicht im Ausschuss vertreten sind, keinerlei Möglichkeit haben, sich mit ihren eigenen Anträgen Gehör zu verschaffen oder ihre Bedürfnisse in die Mittelvergabe einzubringen. Diese ungleiche Beteiligung widerspricht den Prinzipien von Fairness und Transparenz, die für eine demokratische Entscheidungsfindung in der Jugendarbeit unerlässlich sind.

Der Beirat Borgfeld spricht sich daher mit Nachdruck gegen ein Reformmodell aus, dass die demokratische Kontrolle und die Ortskenntnis durch formale Umverlagerungen und Ausgrenzungen der Stadt- und Ortsteilpolitik ersetzt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.